Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 17 (1925)

Heft: 12

Artikel: Das Gold als Standardgrundlage der Währungen

Autor: H.B.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352174

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

über die Invaliden-, Alters- und Hinterlassenenversicherung zum Siege zu verhelfen, die wirklich unsern berechtigten Anforderungen entspricht. Die jetzige Kampagne beweist, dass die Zahl derjenigen im Land, die dem Versicherungsgedanken in jeder Form grundsätzlich opponieren, ausserordentlich stark ist. Wir wollen gar nicht reden von den direkt interessierten Versicherungsgesellschaften, die für ihre Dividende fürchten; auch die Mehrzahl der Herren Unternehmer will nichts von einer Versicherung wissen, weil ihnen auch die geringste Leistung für soziale Zwecke ausserhalb ihrer «Wohlfahrtseinrichtungen» ein Greuel ist. In das gleiche Band sind viele Bauern zu nehmen, die von Natur aus jeder Neuerung misstrauisch gegenüberstehen. Das hat sich seinerzeit schon in der Bundesversammlung bei der Abstimmung über die freiwillige Unfallversicherung gezeigt, die gerade von den Bauern verworfen wurde, trotzdem sie ihnen die grössten Vorteile gebracht hätte.

Können wir uns den Luxus erlauben, die Verfassungsartikel am 6. Dezember bachab schwimmen zu lassen?

Die kommunistische Partei, die ebenfalls Arbeiterinteressen vertreten will, ist dieser Meinung. Nicht nur das! Sie fordert mit einem Aufwand von Tinte, der einer bessern Sache würdig wäre, ihre Anhänger auf, nicht etwa daheim hinter dem Ofen zu bleiben und die Entscheidung den andern zu überlassen, sondern an die Urne zu gehen und die Verfassungsartikel mit der Reaktion bodigen zu helfen.

Nachdem es uns nicht gelungen ist, die Initiative Rothenberger durchzubringen, durch die die Finanzierung gesichert und die Invalidenversicherung gleichzeitig eingeführt worden wäre, glaubt da ein Mensch daran, dass am Tag nach der Verwerfung der Verfassungsartikel eine neue Vorlage vorgelegt wird, die die sofortige Einführung der Invalidenversicherung und etwa einen vollständigen Finanzierungsplan in unserem Sinne enthält? Gewiss nicht! Auch nicht die Neinsager der kommunistischen Partei. Man überlege sich die Sache wohl. Steht die Arbeiterschaft unter Druck, oder das Bürgertum? Das Bürgertum kann warten. Es braucht keine Versicherung. Aber der Arbeiterschaft muss geholfen werden, und zwar so rasch wie möglich.

Es wird auch dem heftigsten Gegner der Verfassungsartikel nicht möglich sein, nachzuweisen, dass durch diese mit Ausnahme der spätern Einführung der Invalidenversicherung das Gesetz irgendwie präjudiziert wird.

Würde der Fall so liegen, dass begründete Aussicht dafür bestände, zu einem spätern Zeitpunkt einen weitgehendern Verfassungsartikel zur Annahme zu bringen, so kann eine solche Situation bei der Gestaltung des Gesetzes in viel besserem Masse ausgewertet werden als durch eine neue Verfassungskampagne. Es wird dabei zudem Zeit gewonnen.

Heute gilt es wirklich, den Anfang zu machen!

In dem Moment, da es sich zeigt, dass trotz den feierlichen Versprechen in der Bundesversammlung und in der bürgerlichen Presse ein grösserer Teil des Bürgertums die eigene Vorlage schnöde im Stiche lässt und sie mit der gleichen Wut bekämpft wie die Initiative Rothenberger, ist es Pflicht der organisierten Arbeiterschaft vor allem, den Kampf um die gefährdete Vorlage aufzunehmen.

Erinnern wir uns daran, dass es Fälle gegeben hat, in denen die Gleichgültigkeit und sogar die Parole «Alles oder Nichts» den Ausschlag zu Ungunsten der Arbeiter gegeben hat. Erinnern wir uns daran, dass solche Versäumnisse in Jahrzehnten nicht gutgemacht werden konnten.

Es muss der Wille der organisierten Arbeiterschaft sein, durch die Annahme der Verfassungsartikel endlich den Weg zu bereiten für die Verwirklichung der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung.

Wir fordern euch auf, ein vielhunderttausendstimmiges Ja in die Urne zu legen.

Hoch die Solidarität der Arbeiterklasse!

Bundeskomitee des Schweiz. Gewerkschaftsbundes.

Das Gold als Standardgrundlage der Währungen.

Unter diesem Titel schreibt *P. U.* in Nr. 10 der «Gewerkschaftlichen Rundschau» allerlei Unzutreffendes über die Goldwährung, das der Richtigstellung bedarf.

Die Währung — oder richtiger gesagt: die Kaufkraft des Geldes — jedes einzelnen Landes sollte nicht allein des internationalen Warenaustausches wegen stabilisiert werden. Vielmehr muss die Stabilisierung in erster Linie im Interesse eines geordneten und ungestörten Warenaustausches im Inlande gefordert werden. Was die finanziellen Transaktionen betrifft, ist dagegen eher anzunehmen, dass deren Akteure schwankenden Währungen den Vorzug geben, denn die Spekulationsgewinne wachsen natürlich mit der Zunahme der Wechselkursschwankungen.

Die natürliche Grundlage der Währungsstabilisierung bilde das Gold, meint P. U. Die amerikanischen und englischen Goldminengesellschaften werden gewiss dem Schreiber für diese gute Meinung sehr dankbar sein. Zutreffend ist sie nun aber trotzdem nicht, denn das Gold ist überhaupt keine zweckmässige Grundlage für eine effektive Stabilisierung, weil der Preis des Goldes selbst starken Schwankungen unterworfen ist. Wohl wurde das Gold, irrigen Auffassungen zufolge, in einer Reihe von Ländern als Deckung für die Papiergeldausgabe eingeführt und diese durch Gesetz auf eine Menge beschränkt, die an ein bestimmtes Verhältnis zum Goldvorrat der Emissionsbank gebunden wurde. Damit war wohl eine Bindung der Währung an das Gold erzielt und *die Schwankungen der Wechselkurse zwischen den Ländern mit Goldwährung* vermindert, aber keineswegs das erreicht, was man heute als Stabilisierung fordern muss, nämlich die Stabilisierung der *Kaufkraft des Geldes.*

Der Grund, oder besser gesagt: die Gründe, warum alle (?) Staaten zur reinen (??) Goldwährung zurückkehren, sind somit anderswo zu suchen. Die «Frankfurter Zeitung» schrieb seinerzeit, als Deutschland mit dem Dawesplan die Goldwährung aufgenötigt wurde, folgendes:

> « Der Dawesplan sieht unter Umgestaltung der Reichsbank den Uebergang zu einer neuen stark an das Gold angelehnten Währung vor. Wenn wir aus eigener Kraft unsere Verhältnisse zu ordnen hätten, würden wir diese Lösung als überflüssigen Umweg ablehnen, wir würden uns gegen eine Regelung wenden, die auf *währungstheoretischen Auffassungen* aus dem *vorigen Jahrhundert* aufgebaut ist und die modernen Fortschritte der Geldtheorie ignoriert. Aber wir haben damit zu rechnen, dass die Notenbankgestaltung einen Bestandteil des Sachverständigengutachtens bildet, das bei aller theoretischen Anfechtbarkeit im einzelnen als ein politisches Mittel des Fortschrittes erscheint. So werden wir mit einer Notenbankverfassung uns abfinden müssen, die den *konservativen* an der *Idee der Golddeckung* viel zu stark

haftenden Anschauungen (richtiger wäre wohl: viel zu stark interessierten! H. B.) englisch-amerikanischer Finanzleute mehr Rechnung trägt, als den modernen Auffassungen nicht nur der deutschen Geldtheorie (Bendixen, Liefmann, Hahn u. a.), sondern auch internationalen Wissenschaftler von Rang (Irving Fisher, J. M. Keynes, Hawtrey u. a.).»

Die meisten Staaten, die wieder zur Goldwährung zurückkehren, tun dies in erster Linie aus dem einfachen Grunde, weil Amerika das wünscht, bzw. weil sie von Amerika ohnedem keinen Kredit erwarten können. Und nachdem die wenigsten Staaten ohne solchen Kredit auszukommen glauben, so begeben sie sich, ohne sich über die Konsequenzen eines solchen Schrittes Gedanken zu machen, in die Abhängigkeit der Wallstreet-Geldmagnaten.

Was hat nun aber — so müssen wir uns fragen — die Aufstapelung eines Goldhaufens und die Bindung der Währung an diesen für einen Sinn, nachdem nachgewiesen ist, dass die Golddeckung bei der Bewertung eines Geldes gar nicht in Betracht gezogen wird. Nach einer Zusammenstellung im «Memorandum sur les monnaies», herausgegeben vom Völkerbund, betrugen im Dezember 1923 die Goldreserven im Inland in Prozenten des Goldwertes der in Zirkulation befindlichen Noten:

Venezuela	162	Kanada	48
Equator	117	Ver. Königreich	43
Uruguay	106	Frankreich	35,7
Chile	106	Deutschland	** 31
Deutschland	* 104	Litauen	27,3
Argentinien	105	Rumänien	26,5
Peru	94	Italien	25,6
Spanien	86	Finnland	24,7
Bolivien	80	Bulgarien	22,9
Polen	68	S. H. S.	20,2
Dänemark	67	Brasilien	19,4
Norwegen	67	Portugal	18,3
Japan	66	Lettland	18,2
Salvador	60	Belgien	15,1
Schweiz	60	Tschechoslowakei	9,6
Holland	58	Griechenland	8,3
Schweden	48	Oesterreich	1,3

* Exklusive Noten der Rentenbank.

** Bei Einrechnung der Noten der Rentenbank.

Angesichts solcher Zahlen hat es wohl keinen Sinn, noch über den Wert einer Golddeckung zu diskutieren.

Zieht man nun erst noch die schweren Schäden in Betracht, die der Wirtschaft aus einer an das Gold gebundenen Währung erwachsen, so erscheint einem die günstige Beurteilung, die der Goldwährung häufig zuteil wird, als typisches Beispiel, wie überlebte Lehrmeinungen von einem gedankenlosen urteilsunfähigen Publikum hartnäckig weiterkolportiert werden, während anderseits neue wissenschaftliche Erkenntnisse alle Mühe haben, zur Geltung zu kommen. So haben z. B. die Erhebungen des Internationalen Arbeitsamtes über die Krisen noch lange nicht die allgemeine Würdigung erfahren, die sie verdienen. Gerade das Ergebnis dieser Erhebungen lässt die Währungsfrage in einem ganz andern Lichte erscheinen, als dies durch den kritisierten Artikel geschieht. Das Internationale Arbeitsamt bringt den zahlenmässigen Nachweis, dass gerade die Beschränkung der Geldausgabe ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Entwicklung es ist, die allgemeine Wirtschaftskrisen und damit Massenarbeitslosigkeit verursacht.

Aber nicht nur das Internationale Arbeitsamt ist zu diesem Schlusse gekommen; die bedeutendsten Volkswirtschafter der Gegenwart stehen auf dem gleichen Standpunkt, der Engländer Keynes, der Amerikaner Irving Fisher, der Franzose Charles Gide und andere. Sie sehen in einer Stabilisierung des Durchschnittspreisstandes und damit der Kaufkraft des Geldes die Lösung der Währungsfrage. In den Vereinigten Staaten bestehen grosse Organisationen, die eine entsprechende Regelung der Währung anstreben. Aehnliche Vereinigungen bestehen in Deutschland, Frankreich, der Schweiz und andern Ländern. Ihr Einfluss war nun allerdings bis heute noch nicht stark genug, um die Verwirklichung ihrer Postulate zu erzwingen. Immerhin sind ihre Bemühungen nicht ganz ohne Erfolg geblieben und die restlose Verwirklichung ihrer Forderungen ist nur eine Frage der Zeit.

Was nun der Korrespondent über die Verschiebung der Goldbestände und über das Bankhaus Morgan sagt, trifft im grossen ganzen zu. Dass Morgan gewissermassen als Feind der Spekulanten verherrlicht wird, mutet einem dagegen sehr merkwürdig an. Der Einsender scheint nicht gut orientiert zu sein, sonst müsste er wissen, dass gerade Morgan selbst es war, der die Baisse des französischen Frankens inszeniert hat, um den französischen Finanzminister und im Vorbeigehen auch noch den unsrigen hineinzulegen und dabei natürlich ein glänzendes Geschäftchen zu machen. Nein, Morgan hat nicht die Aasgeier der internationalen Spekulation von der Pariser Börse vertrieben, sondern er ist es, der sie auf das Opfer gehetzt hat und dann nachher als Retter aufgetreten ist, um nun an der Hausse erst recht zu verdienen.

Die Rückkehr Englands zur Goldwährung hat mit der Festigung der internationalen Währungsverhältnisse — entgegen der Auffassung des Einsenders — rein nichts zu tun; denn diese hängt von ganz andern Dingen ab, als von den Goldvorräten der Notenbanken. Zu diesen Dingen gehört vor allem die Balancierung des Staatshaushaltes, wodurch die Beschränkung der Notenausgabe auf ein normales Mass erst möglich wird.

Unbegreiflich ist es, dass der Einsender die einzig richtige und vernünftige Stellungnahme zur Wiedereinführung der Goldwährung in England, durch den frühern Schatzkanzler der Arbeiterregierung, *Snowden*, mit dem höchst gönnerhaften «Trotz diesem nicht unberechtigten Bedenken . . . . .» erledigt. Wie sich bis jetzt übersehen lasse, sei die englische Wirtschaft nicht schlecht dabei gefahren. Die Schuldenzahlung an Amerika sei verbilligt und so die Steuerlast indirekt erleichtert worden. Eines ist so grundfalsch wie das andere. England steckt tief in der Krise drin, die Arbeitslosigkeit ist bekanntlich so gross, dass die Regierung sich gar nicht zu helfen weiss. Das Land des Freihandels ist zur Schutzzollpolitik übergegangen, unter der gerade wir Schweizer wieder ganz besonders zu leiden haben. Es ist absolut alles das eingetroffen, was Snowden vorausgesagt hat.

Natürlich ist durch die Steigerung der Kaufkraft des Pfundes die Schuldenzahlung an Amerika nicht verbilligt, sondern *verteuert* und die Steuerlast nicht erleichtert, sondern *erschwert* worden. *Dem Kapitalisten ist die Last (!) erleichtert worden* — wir haben hier wieder ein Schulbeispiel, wie tief die kapitalistische Denkweise sogar in Arbeiterköpfen wurzelt — aber nicht denjenigen, die für die Schulden aufkommen müssen, nämlich die Arbeitenden. Schulden werden letzten Endes nur durch Arbeitsleistungen bezahlt, denn das Geld ist ja nichts anderes als ein Mittel, um Arbeitsprodukte oder Arbeitsleistungen zu beanspruchen. Steigt nun der Wechselkurs eines Landes, so ist das in der Regel ein Zeichen, dass die Kaufkraft des betreffenden Geldes zunimmt. Mit andern Worten: die englischen Banken müssen wohl nominell weniger Geld an Amerika abliefern, aber die Amerikaner können mit dieser geringern Menge trotzdem an Waren von England mehr beanspru-

chen als vorher mit einer grösssern Summe. Die Sache wirkt sich in concreto so aus: die Geschäfte gehen schlecht, die Löhne werden abgebaut und die Steuern werden — selbst dann, wenn der Steuerfuss nicht erhöht wird — immer drückender, da sie einen grössern Prozentsatz des Arbeitseinkommens verschlingen.

Allerdings ist die Währungsfrage für die Arbeiterklasse von grösster Bedeutung. Wenn sie aber in derart oberflächlicher Weise behandelt wird, wie dies der Einsender getan hat, so nützt er damit dem arbeitenden Volke herzlich wenig. Es wäre nun wirklich an der Zeit, dass diese Frage mit mehr Aufmerksamkeit studiert und etwas gründlicher behandelt würde, als dies bis anhin in den Kreisen der Arbeiterführerschaft geschehen ist. *H. B.*

Das Gold als Standardgrundlage der Währungen.

Die Redaktion der «Gewerkschaftlichen Rundschau» ersucht mich, in kurzen Zügen zu den beiden Artikeln (P. U. und H. B.), die die Wünschbarkeiten auf währungspolitischem Gebiet widersprechend darstellen, Stellung zu nehmen. Die Aufgabe ist angesichts der Raumbeschränkung eine sehr schwierige. Meine Meinungsäusserung kann deshalb nichts anderes sein als eine Skizzierung einiger (nicht etwa aller) sich aufdrängender Probleme:

Zu Beginn des Krieges ist die damals fast überall herrschende Goldwährung sistiert worden. Sie wurde ersetzt durch die Papierwährung, und zwar hauptsächlich deswegen, weil eine Finanzierung des Krieges bei aufrechterhaltener Goldwährung sehr bald unmöglich geworden wäre, da der Staat in diesem Falle an Stelle der Notenpresse eine wirkliche steuerliche Ausgabendeckung hätte durchführen müssen, die in besitzenden Kreisen die Kriegsbegeisterung bald einmal gelähmt hätte. Die Papierwährung, die an sich eine durchaus solide sein *kann,* ist aus fiskalischen Gründen eingeführt worden, weil sie die notwendige Basis der Staatsfinanzierung durch *Notendruck* darstellt. Während in einer gesunden Papierwährung die Notenausgabe sich nur nach den Handelsbedürfnissen richtet, die Noten also in der Hauptsache Zahlungsmittel darstellen, die auf Grund einer wirklichen Warentransaktion die zentrale Notenbank verlassen und wieder aufsuchen, sind die Noten in einer vom Fiskus missbrauchten Papierwährung zum Teil Zahlungsmittel, die keine andere Hinterlage als *leere Zahlungsversprechen* des Staates haben, des Staates, der sich scheut, auf dem Besteuerungswege die Mittel sozial gerecht einzutreiben. Daraus geht zweierlei hervor:

1. Die Goldwährung darf für das Währungselend der Kriegs- und Nachkriegsjahre nicht verantwortlich gemacht werden, weil sie 1914 in den meisten Ländern tatsächlich aufgehört hat zu existieren.

2. Die Papierwährung, die theoretisch durchaus einwandfrei sein kann, hat sich praktisch als die hervorragend geeignete Grundlage zur Störung der Kaufkraftverhältnisse erwiesen, gleichgültig, welchen Zwekken Währungsstörungen zu dienen hatten.

Nachdem die Welt sich in den Krämpfen der Währungskrankheiten (speziell der Inflation) gewälzt hatte, suchte man eifrig nach einem Mittel, das geeignet ist, in Zukunft Währungsstörungen zu vermeiden. Vorgeschlagen wurden drei Lösungen:

1. Rückkehr zum Goldstandard.
2. Einführung einer sogenannten Indexwährung.
3. Einführung der Goldkernwährung.

Genosse P. U. verteidigt die erste, Genosse H. B. die zweite Lösung. Die dritte Möglichkeit wird nur erwähnt. Nun muss man bei der Beurteilung währungstheoretischer Probleme streng unterscheiden:

1. theoretische Wünschbarkeiten,
2. praktische Möglichkeiten.

Die theoretische Wünschbarkeit geht dahin, es möchte die *Kaufkraft* der Währungseinheit absolut stabilisiert werden, so, dass alle Zahlungsverträge durch alle Zeiten garantiert bleiben, also nie gefälscht werden wie etwa in der Inflation (zugunsten des Schuldners) oder in der Deflation (zugunsten des Gläubigers). Die praktische Möglichkeit zeigt uns die Grenzen der Wünsche, indem eine Korrektur der Kaufkraft durch die Währungspolitik wohl möglich ist, insofern die Störung von der Geldseite her kam, dass aber einer Störung von der Warenseite her von eben derselben Seite, der Warenseite, her begegnet werden muss.

Wenn die Länder zum *Goldstandard* zurückkehren, so werden sich ihre *Wechselkurse* stabilisieren, indem diese in ihrer Pendelschwingung durch obern und untern Goldpunkt begrenzt werden. (Vergleiche meinen Artikel «Von den Wechselkursen» im Volkskalender.) Damit würden alle Nachteile in Zukunft dahinfallen, die aus grossen Wechselkursdifferenzen erwuchsen, wie etwa Valutadumping usw. Die Stabilisierung von Wechselkursen bedeutet aber durchaus noch nicht die Stabilisierung der *innern Kaufkraft* der Währungseinheiten. In Goldstandardländern mit Freihandel würde sich mit der Wechselkursstabilisierung auf Gold, abgesehen von den Schwankungen des Goldwertes, auf Grund automatischer Handels- und Kreditvorgänge wahrscheinlich auch eine weitgehende Stabilisierung der innern Kaufkraftverhältnisse ergeben. (Innerhalb unseres Welt- und Protektionssystems sind immerhin Zahlungsvertragsfälschungen auch unter Goldstandard möglich, aber natürlich in begrenztem Masse.) Die Goldwährung würde uns also gesicherte *Wechselkurs*verhältnisse bringen und damit handelspolitische Vorteile, die in einer sichern Kalkulationsmöglichkeit liegen. Jedem in Landeswährung abgeschlossenen Zahlungsvertrag würde zudem eine bestimmte konstante Goldmenge zugrunde liegen. Damit wäre scheinbar das Ideal einer Währung erfüllt — aber nur scheinbar.

Wenn wir nämlich das Gold als Wertmesser näher betrachten, so müssen wir sagen, dass es nicht, wie das Normalmeter in dem Keller von Paris, stets gleich bleibt, sondern dass es sich, auch wenn es Weltwertmass ist, verändert. Gemessen an den Waren ist das Gold seit 1914 im Werte gesunken, d. h. derjenige, der seinen Goldschatz seit 1914 intakt erhalten konnte (von Zinsen sehen wir ab), hat wohl dieselbe Menge Gold, aber diese Menge kauft ihm weniger Waren als vorher. Im Weltdurchschnitt liegt die Goldentwertung zwischen 30 und 40 Prozent.

Wir ersehen daraus, dass theoretisch und praktisch das Gold als idealer Wertmesser nicht bezeichnet werden darf. *Die Frage ist nur die, ob die erwähnten Nachteile des Goldes durch eine Währung, die nicht die Goldwährung ist, aufgehoben werden können, ohne die Vorteile der Goldwährung preiszugeben.*

Die Meinungen sind hier sehr geteilt. Nach Ueberwindung der Umstellungskrisen würde die allgemeine Wiedereinführung des Goldstandards zu geordneten Verhältnissen führen, wenn der Goldwert relativ stabil bliebe. Die Währungsfachleute der Genueser Konferenz sprachen sich gegen eine *allgemeine* Wiedereinführung des Goldstandards aus, und zwar deshalb, weil sie eine daherige Verknappung des Goldes und damit eine allgemeine Preissenkung befürchteten. Sie hegten also gerade für das Befürchtungen, das P. U. mit dem Goldstandard herbeiwünscht, für die *Währungsstabilisie-*